



Autonome Gewerkschaftsorganisation der örtlichen Körperschaften - Südtirol
Organizzazione Sindacale Autonoma degli enti locali - Sudtirolo
Organizaziun Sindacala autonoma di enc locai - Südtirol
Autonomous Trade Union of Regional Authorities - South Tyrol

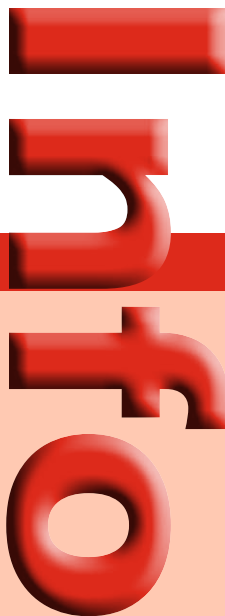
Jahrgang 11, Ausgabe 3

September 2011

Spedizione in a.p. art 2 comma 20, lettera C Ges. Nr. 662/96 – Filiale Bozen - Erscheint trimestral Tassa pagata – taxe percue

***Sprachrohr
der Gemeindebediensteten,
der Bediensteten der Altersheime
und Bezirksgemeinschaften***

IN DIESER AUSGABE



In caso di mancato recapito inviare al CPO di 39100 Bolzano per la restituzione

Virgilstraße 9 - 39100 Bozen - Tel. 335 53 12 797 - 335 10 99 309 - Fax 0471/27 10 56
www.ago-bz.org - info@ago-bz.org - St.Nr. 94062140218

WICHTIGES INFO FÜR DIE AGO-MITGLIEDER

Ansprechpartner für Eure Bemühungen oder Sorgen sind folgende Kolleginnen und Kollegen, die in Eurem Einzugsgebiet unmittelbar zuständig sind und umgehend und unbürokratisch auf Eure Fragen eingehen können:

Robert Holzer	AGO-Sekretariat	Tel. 335 5312797 0471 279016 Fax 0471 271056
Dr. Andreas Unterkircher	AGO-Landesobmann	Tel. 335 69 02 375
Walter Casotti	Obmann-Stellvertreter	Tel. 335 10 99 310
Robert Holzer	Landessekretär	Tel. 335 53 12 797
Bithja Crepaz	Gemeinde Alkund	Tel. 335 10 99 309
Cristina Joppi	Frauenreferat	Tel. 339 188 01 97
Reinhard Verdroß	Pensionistenreferat	Tel. 348 49 84 753
Agnes Zelger	Soziales	Tel. 0471 826634
Altersheim Naturns:	Stephan Rinner	Tel. 339 1933 310
BZG Überetsch/Unterland:	Cristina Joppi	Tel. 339 1880197
	Stefano Boragine	Tel. 047 1594944
Gemeinde Auer:	Angelika Thaler	Tel. 0471 810087
Gemeinde Eppan:	Walter Zelger	Tel. 0471 667577
	Stefan Meraner	Tel. 0471 667550
Gemeinde Ritten:	Dietrich Köllemann	Tel. 0471 356132
	Georg Lobis	Tel. 34977907021
	Silvia Rottensteiner	Tel. 04711356132
Gemeinde Kastelruth:	Dieter Tröbinger	Tel. 0471 711524
BZG Eisacktal:	Helmuth Sigmund	Tel. 0472 834200
BZG Pustertal:	Erika Oberstaller	Tel. 0474 504097
Gemeinde Vintl	Margit Gruber Mairamhof	Tel. 0472 869912
Gemeinde Sand i.T.:	Sonia Tisot	Tel. 0474 677555
Gemeinde Badia	Irene Della Gaspera	Tel. 0471 838228
Gemeinde Toblach	Maria Taschler	Tel. 0474 970500
Gemeinde Innichen:	Johann Mayr	Tel. 0474 912542

Für Patronatsfragen stehen zur Verfügung:

Bozen:	Frau Dr. Elisabeth Scherlin	Tel. 0471 97 86 77
Neumarkt:	Herr Markus Stolz	Tel. 0471 82 03 46
Brixen:	Herr Andreas Kohlhaupt	Tel. 0472 83 65 65
Sterzing:	Frau Hannelore Reichhalter	Tel. 0472 76 54 18
Bruneck:	Herr Werner Ellemunter	Tel. 0474 41 12 52
Meran:	Frau Annie Ladurner	Tel. 0473 22 03 81
Schlanders:	Frau Margit Tscholl	Tel. 0473 73 00 95
Mals:	Herr Roland Pircher	Tel. 0473 83 06 45

IMPRESSUM: AGO-Info erscheint trimestral - **Redaktion:** Robert Holzer, Andreas Unterkircher
Verantwortlicher Direktor: Andreas Franzelin - **Registrierung:** Gericht Bozen Nr. 1/2000 v. 16.02.2000 - **Druckerei:** Europrint Vahrn - **Auflage** dieser Nr. 1000 - Es wird eigens darauf aufmerksam gemacht, dass sämtliche Bezeichnungen (z.B. GewerkschafterIn, Bedienstete) sich ohne jeden Unterschied auf Personen sowohl weiblichen als auch männlichen Geschlechts beziehen.

VORWORT

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Sommer hat sich jetzt auch klimatisch verabschiedet und der Herbst zeigt uns schon die kalte Schulter. Politisch befinden wir uns in der Eiszeit. Was so in den letzten Tagen und Wochen von der politischen Elite präsentiert wurde, bedarf keinen weiteren Kommentar. „L'Italia é un paese di merda!“ Punkt.

In diesem System leben wir und diese Tatsache verfolgt uns auch in dieser Ausgabe des AGO-Info.

Wir berichten über den für 2011 eingeführten **Feiertag, den 17. März**. Dieser wurde kurzfristig und unüberlegt eingeführt, als ob man nicht schon lange gewusst hätte, dass es 150 Jahre her sind, dass der italienische Staat gegründet wurde. Und weil alles nichts kosten darf, war dann die Idee, diesen Tag einfach vom Urlaubskonto der Bediensteten abzuziehen. Diese Aktion wollen wir jetzt verhindern und werden die Angelegenheit vorerst vor die Schlichtungskommission bringen.

Die **Gehaltsverhandlungen** werden im Schatten der Wirtschaftskrise auf bereichsübergreifender und auf Bereichsebene weiter geführt. Kein Wort von Autonomie! Die staatlichen Vorgaben scheinen unseren Volksvertretern gut zu gehen.

Ein erstes Zeichen des Protestes war der Streik vom 6. September 2011. Dazu geben wir eine kurze Stellungnahme ab.

Als weiteres Zeichen des Protestes werden wir dieses Jahr bereits zum 4. Mal

die **Gratis-Einkaufsfahrt nach Innsbruck** wiederholen! Neben dem fehlenden Inflationsausgleich und der bevorstehenden Gehaltseinfrierung wird mit der Mehrwertsteuererhöhung noch ein Scheit nachgelegt. Der Gewaltakt der Mehrwertsteuererhöhung wird die lokalen Produkte nochmals verteuern, die wir außerhalb der Staatsgrenze paradoxer Weise günstiger einkaufen können. Den von oben gewollten Kaufkraftverlust werden wir mit dieser erneuten Protestaktion entgegentreten und solcherart den lokalen Politikern auf die Hände klopfen. **Dann kann uns die Mehrwertsteuererhöhung Wurscht sein!**

Eine angemessene Investition in das eigene Personal wäre die beste Investition für die heimische Wirtschaft. Es sollte eben der Mensch vor dem Markt im Vordergrund stehen! Aber lieber verteilen unsere „Verwalter“ Beiträge an die Betriebe.

Im Spätherbst werden wir die Gratis-Einkaufsfahrt durchführen. Den genauen Termin teilen wir mit einem Info am Schwarzen Brett in jeder Verwaltung mit. Also Blick auf die Anschlagtafel!

Zum Abschluss werden wir uns an schönere Zeiten erinnern. Eine Teilnehmerin der Kulturreise hat uns einen wunderbaren **Kurzbericht über die AGO-Reise** geliefert, die dieses Jahr uns nach Estland geführt hat.

AGO-Landessekretär
Robert Holzer

STAATSFEIERTAG 17. MÄRZ 2011

Der Gemeindenverband hat mit einem eigenen Rundschreiben die Verwaltungen informiert, den aufgrund einer staatlichen Verordnung eingeführten Staatsfeiertag vom Urlaubskonto der Bediensteten abzuziehen. Die Verwaltungen haben diese Auffassung großteils übernommen und am Urlaubskonto der Bediensteten Hand angelegt.

Problematisch dabei erscheint uns, dass solcherart der Gemeindenverband versucht dem Vertragspartner die zustehende Vertragshoheit zu entziehen und dadurch geltende Verträge aufkündigt!

Die AGO hat beim Gemeindenverband Beschwerde eingereicht und die Angelegenheit mit folgender Begründung vor die Schlichtungskommission gebracht:

Zur Vorgeschichte:

- Das Regierungskommissariat hat am 31.01. 2011 mit Rundschreiben Nr. 020269 die Bürgermeister des Landes und die Präsidenten der Bezirksgemeinschaften darüber informiert, **dass der 17. März 2011 (nur für 2011) zum „Staatsfeiertag“ erhoben wurde und „dass diese Erhebung zum Staatsfeiertag die zwangsläufige und einmalige Gleichstellung mit den üblichen Feiertagen nach sich zieht“** omittis.
- Erst am 5.07.2011 – also nach dem genossenen Staatsfeiertag - ließ der Gemeindenverband den Gewerkschaften einen Entwurf der Mitteilung zum Staatsfeiertag zukommen,

gegen welchen die Gewerkschaften innerhalb 12.07.2011 eine eventuelle Stellungnahme abgeben sollten;

- Noch am 7.07.2011 reichte die AGO ihre Stellungnahme ein und gab dabei folgendes zu bedenken:
- dass **den Bediensteten, welche an diesem Feiertag Dienst geleistet haben, die vorgesehenen Erhöhungen für den Feiertagsdienst zusteht**. Somit wird dieser Tag als Feiertag behandelt, und dürfte in der Folge auch nicht vom Urlaub abgezogen werden;
- dass die **einzelnen Körperschaften** im Sinne des Art. 23, Abs. 7 BÜKV 12.02.2008 bis zu vier Pflichturlaubstage „zu Beginn eines jeden Jahres“ bestimmen können, welche dann **vom zustehenden Urlaub abgezogen werden**. Sämtliche Verwaltungen sind dieser Möglichkeit nachgekommen und haben schon Anfang des Jahres die Pflichturlaubstage taxativ festgelegt.
- dass im Sinne der Art. 23 hat zeichnende Gewerkschaft mit eigenem Rundschreiben vorgeschlagen, den darauffolgenden Freitag, den 18. März, als Pflichturlaubstag festzulegen.
- Mit dem Rundschreiben Nr. 64/2011 vom 14.07.2011 hat der Gemeindenverband den ursprünglichen Wortlaut an alle Gebietskörperschaften gerichtet und diese angehalten, sich an diese „Auslegung“ zu halten.
- Dabei hat der Gemeindenverband gar nicht in Erwägung gezogen, dass lt. erwähntem Art. 23 Abs. 7

ein Pflichturlaubstag nur für einen „Nichtfeiertag“ festgelegt werden kann!

In der Folge haben verschiedene Verwaltungen das erwähnte Rundschreiben an alle Bediensteten gerichtet, demnach der 17. März 2011

als Urlaubstag in Abzug gebracht wird.

Aus den angeführten Gründen reicht zeichnende Gewerkschaft Beschwerde gegen die Streichung eines Urlaubstages ein und fordert die Rücknahme der erwähnten Maßnahme.

GEHALTSVERHANDLUNGEN

Die laufenden Gehaltsverhandlungen sind eigentlich keine Verhandlungen mehr, sondern vielmehr ein Wettbewerb der Rhetorik. Es werden alle erdenklichen Argumente herangezogen, um bestehende Rechte zu verschlechtern und die Gehaltsentwicklung in den Keller zu drücken.

Bei diesen Verhandlungen haben wir längst die Gepflogenheit einer gelebten Sozialpartnerschaft verlassen und bewegen uns eher einem Gadaffi-Staat hin. Wir sprechen hier von Gehaltsverhandlungen, welche die Jahre 2004 bis 2008, bzw. auf bereichsübergreifender Ebene 2008 bis 2010, betreffen.

Die von der AGO immer kritisierte ARAN, also der von den anderen Gewerkschaften geforderte Verhandlungsagentur, fungiert nur als Briefträger des Landesrates, der sich aber solcherart aus der Verantwortung gezogen hat. Ohne Selbstinitiative noch Eigenverantwortung kann diese ARAN handeln und ist so verhandlungsunfähig. Sie ist lediglich Überbringer der

Meinung der Gewerkschaft an den Landesrat. Das letzte Angebot das uns die ARAN mitteilen konnte ist eine Gehaltserhöhung von ganzen 0,6 % - in Worten: **null komma sechs Prozent** – und die Erhöhung der Zusatzrente ab 1.1.2012.

Auf Bereichsebene konnten wir einige Erfolge erzielen, wie etwa die Einführung des Sabbatjahres. Doch dieser Erfolg wird durch die finanzielle Belastung relativiert. Wenn die finanzielle Belastung ohnehin groß ist, wird sich kaum mehr jemand ein Sabbatjahr leisten können!

Nachdem auch bei den verschiedenen Zulagen einige Verbesserungen erreicht wurden kam die ganze Verhandlung wegen dem psycho-physischen Erholungswartestand für das Pflegepersonal in den Altersheimen gehörig ins stocken. Es kam so weit, dass ein Mediator eingesetzt werden musste, der außerhalb des Gemeindenverbandes – gewissermaßen auf neutralem Boden – zu weiteren Verhandlungen einlud.

Wie sich nun abzeichnet, soll für alle Teilzeitkräfte im Sozialbereich eine neue Regelung gelten und davon wollen die Vertragspartner nicht mehr abgehen. Unsererseits können wir hier die Bediensteten des Behindertenbe-

reichs nicht im Trauf stehen lassen, denn dort hat das bisherige System immer bestens funktioniert. Nur eine Angleichung nach unten, so dass sich der andere Bereich leichter tut, kann nicht akzeptiert werden.

Dazu sagt unsere Funktionärin und Altenpflegerin im Altersheim Bruneck, Helena Leimer, folgendes:

Themen wie die Streichung des psycho-physischen Erholungsurlaubes grenzen an Menschenverachtung und Diskriminierung.

Der psychische Druck in der Angestelltensparte der Pflegeberufe steigt immer mehr.

Die physische Belastung wird, aufgrund der steigenden Pflegefälle, immer stärker.

Angestellte, die an die Belastungsgrenze stoßen, haben keine andere Möglichkeit als auszusteigen. Dies besagt sicher die hohe Aussteigerquote so nach dem Motto "Friss oder Stirb".

Die Belastungen gehen dabei sicher auch auf Kosten der Pflegebedürftigen.

Unter Diskriminierung fallen die Verhandlungen, weil es in mehreren Berufsgruppen Freistellungen gibt, ohne dass man darüber diskutiert z.B. Lehrkräfte, Krankenhauspersonal, Behindertenbetreuung, und diese sind sicher gerechtfertigt.

Ich frage mich immer wieder, wie Personen über einen Schreibtisch hinweg solche Diskussionen aufwerfen können, ohne selbst in der Pflege zu arbeiten und ein Betroffener solcher Kürzungen zu sein.

Die Verhandlungen über Sparmaßnahmen betreffen immer nur die unteren Sparten der verschiedenen Berufsgruppen. In Leitungspositionen und Politik wird fleißig aufgestockt. Ein solches System hat Gadaffi zum Fall gebracht.

Die Position der Gewerkschaften ist jene, dass für Wohnheime und Werkstätte 17 Tage garantiert werden müssen.

Nachdem der Mediator die Mediation für gescheitert betrachtet hat, findet

die nächste Verhandlung erst wieder im Oktober statt.

Die einzelnen Verhandlungsrunden können unter www.ago-bz.org nachgelesen werden.

STREIK VOM 6. SEPTEMBER 2011

Für den 6. September hat die Gewerkschaft CGIL einen Streik ausgerufen, der von der AGO unterstützt wurde.

Wie uns mitgeteilt wurde, haben aber nicht alle Kolleginnen und Kollegen unsere Stellungnahme erhalten. Dabei hat uns die Technik einen Streich gespielt. Wir hoffen auf euer Verständnis.

Zum Streikaufruf noch eine Überlegung und unsere Aussendung in kürze:

Wenn Volksvertreter ihren institutionellen Aufgaben nicht mehr nachkommen, weil sie die Institutionen mit einer Zirkusarena verwechseln und vorwiegend mit der Verteidigung der eigenen Person beschäftigt sind, dann müsste eigentlich jede Maßnahme gut sein, gegen solche Machenschaften zu protestieren.

Dieser Zustand ist einmalig in Europa, vielleicht auf der ganzen Welt. Weltmeister sind diese Vertreter auch beim Kassieren der Diäten, bei den Repräsentationsfonds, bei den Pensionsfonds

und bei der rundum-Betreuung der ganzen Familie. Also ein Selbstbedienungsladen im wahrsten Sinne des Wortes!

Diese Politik wird aber bedauerlicher Weise auch von jenen Volksvertretern goutiert, die sich ja so sehr für die Südtiroler Belange in Rom einsetzen. „Sozial unausgewogen“ soll einerseits das Sparpaket sein, aber dann doch nicht so schlimm für Südtirol! Ich frage mich, wer denn diese Südtiroler sind, für die es nicht so schlimm ist?

Kurz gesagt: das ganze Verhalten der SVP Parlamentarier in Rom und das ganze Sparpaket ist ein Skandal!

Wer einer Führung, die ein ganzes Staatsvolk belogen, bestohlen und betrogen hat, noch das Vertrauen ausspricht – oder sich einfach hinter den Stauden versteckt, ist entweder nicht mehr ganz dicht, oder es stehen andere Interessen im Vordergrund, jedenfalls nicht jene der Arbeitnehmer!

AGO-Landessekretär
Robert Holzer

Hier noch die kurze Aussendung der AGO zum Streik:

An alle Mitglieder

Wir unterstützen die Streikaktion gegen das geplante Sparpaket der Regierung, überlassen es aber jeden frei darüber zu entscheiden sich daran zu beteiligen, auch weil uns eine weitere finanzielle Belastung durch den Streikabzug nicht akzeptabel erscheint und die bereits angespannte finanzielle Lage der Familie noch mehr beeinträchtigen würde.

AGO-Landessekretariat

WETTBEWERB

„Hochwertige öffentliche Dienste“ Handelt jetzt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der **weltweite Abbau von öffentlichen Diensten und die Reduzierung der Ausgaben in diesem Sektor** bekommen wir auch in Südtirol zu spüren. Und gerade in Krisenzeiten sind öffentliche Dienste Garant für Sicherheit für Wirtschaft und Gesellschaft. **Somit sind Investitionen in den Öffentlichen Dienst der effektivste Weg, sichere und stabile Arbeitsplätze zu schaffen. Ohne den öffentlichen Dienst kann auch die Privatwirtschaft nicht funktionieren.**

Deshalb ist die AGO überzeugt, dass **der öffentliche Dienst konkurrenzfähig ist und noch konkurrenzfähiger gestaltet werden kann. Daher hat die AGO – wie die Public Services International (PSI) - beschlossen, einen Wettbewerb für Initiativen zugunsten eines noch professionelleren öffentlichen Dienstes auszu-schreiben.**

Die Bediensteten können Vorschläge für die Entbürokratisierung von Arbeiten, für Verbesserungen von Diensten, für eine noch professionellere Abwicklung von Verwaltungsprozeduren, oder einfach bürgernähere Dienstleistungen an die AGO senden.

Durch diese Initiative wollen wir das **Bewusstsein für hochwertige öffentliche Dienste wecken** und alle ermutigen, sich **aktiv für die Verbesserung der öffentlichen Dienste einzusetzen**, so dass die Öffentlichkeit auf das gewerkschaftliche Engagement aufmerksam wird.

Wir bitten Euch Eure Vorschläge **innerhalb 31. Dezember 2011** einzusenden, und zwar an: **info@ago-bz.org**.

Euer Vorschlag sollte die derzeitige Situation beschreiben und einen Lösungsvorschlag liefern. Das Siegerprojekt wird dann von einer Arbeitsgruppe bis ins Detail ausgearbeitet und am 1. Mai 2012 vorgestellt.

Der/die SiegerIn wird 2012 nach Portugal reisen!

Beispiele findet ihr unter **www.ago-bz.org**



Wir hoffen auf Eure Teilnahme!
AGO-Landessekretariat

INSTALLATION VON GASSPÜRGERÄTEN IST NICHT VERPFLICHTEND

In der VZS häufen sich Anfragen über ein Unternehmen, welches Gasspürgeräte („rivelatore gas“) zu Preisen von 200 Euro bis 370 Euro Tür zu Tür verteilt. Vielen KonsumentInnen wurde mitgeteilt, die Installation des Gerätes sei vom Gesetz vorgesehen. Im Bestellschein hingegen steht ausdrücklich geschrieben, dass es sich um den Verkauf eines Produktes handelt, der keineswegs gesetzlich vorgeschrieben ist. Die KonsumentInnen sind demnach nicht verpflichtet, den Vertretern des Produktes Einlass zu gewähren oder das Produkt zu erwerben. Wer ein solches Gerät erworben hat, kann innerhalb von 10 Tagen ab Unterzeichnung (per Einschreiben mit Rückantwort) vom Vertrag zurücktreten (Art. 64 GvD 206/2005). Das Gerät muss hierbei auf Kosten des Verbrauchers dem Unternehmen zurückgeschickt werden. Für weitere Informationen stehen die BeraterInnen der VZS unter Tel. 0471-975597 zur Verfügung.

VORSICHT BEI VORSCHUSSZAHLUNGEN BEI ZAHNBEHANDLUNGEN

Dem Zahnarztfuchs der VZS liegen Meldungen vor, wonach einigen Patienten ein nicht zu verachtender Preisnachlass auf den Kostenvoranschlag angeboten wurde, wenn diese den Gesamtbetrag der Rechnung im voraus bezahlen würden. Mit einer solchen Vorschusszahlung verliert man bei

etwaigen Behandlungsschwierigkeiten jede Handhabe. Auf Anzahlungen sollte deshalb grundsätzlich verzichtet werden. Zudem sollten auch keine Finanzierungsverträge abgeschlossen werden, sondern nötigenfalls ein persönlicher Kredit bei Ihrer Vertrauensbank aufgenommen werden. Bei aufwendigen Behandlungen sollten außerdem Kostenvoranschläge von mehreren Zahnärzten eingehoben werden, da es auch durchaus möglich ist, dass für einen anderen Zahnarzt Ihre Zähne kerngesund sind.

WER WARNT VOR BIOLOGISCHEN EFFEKTEN DER MIKROWELLEN

Die Internationale Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation hat hochfrequente elektromagnetische Felder als möglicherweise krebserregend für Menschen klassifiziert, ausgehend von einem erhöhten Risiko für bösartige Gehirntumore verbunden mit dem Einsatz von Kommunikationstechnologien, die mit Mikrowellen funktionieren: Handys, Tablets, Schnurlostelefone, WiFi.

Um die Belastung durch Elektromog zu verringern, sollte man unter anderem das Festnetz bevorzugen, das Handy soweit möglich abschalten und auch beim Festnetz auf Funktechnologie wie Schnurlostelefone verzichten. Weiters sollte man versuchen, sein Umfeld für das Thema zu sensibilisieren, z.B. in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Kantine, im Restaurant.

AIAZZONE-FIDITALIA: BEMÜHUNGEN SCHEINEN ERFOLGREICH

Die Reihe der Beschwerden über das Möbelgeschäft Aiazzone reißt nicht ab. Die Sachlage ist immer dieselbe: Möbel wurden bestellt, aber nicht (oder nur teilweise) geliefert. Da die meisten KäuferInnen für den Möbelkauf mit der verknüpften Kreditgesellschaft Fiditalia einen Finanzierungsvertrag abgeschlossen hatten, waren sie in der misslichen Lage, Raten für nicht gelieferte Möbel abzahlen zu müssen.

Der Aiazzone-Inhaber Panmedia-AG wurde im April für Bankrott erklärt und somit müssen seither jegliche Ansprüche über den Konkursverwalter geltend gemacht werden, wobei eine Durchsetzung der Ansprüche hier mit vielen Fragezeichen versehen ist.

Die VZS versuchte daher, die Kaufverträge aufzulösen und somit eine gütliche Beilegung der Beschwerdefälle zu erwirken.

Nun hat Fiditalia - endlich! – der Unterbrechung der Ratenzahlung zugestimmt und versichert, man werde die einzelnen Positionen kontrollieren, um festzustellen, ob ein Rechtsanspruch auf Erstattung der bereits „grundlos“ bezahlten Beträge besteht. Diesen Schritt werden die ExpertInnen der VZS genau verfolgen, damit die betroffenen VerbraucherInnen endlich ihre Rechte durchsetzen können.

GERINGE INANSPRUCHNAHME DES „SOZIALEN“ TARIFES FÜR ZAHNPROTHESEN

Im ersten Halbjahr 2011 haben nur 20 PatientInnen den Sozialtarif der Zahnärztervereinigung ANDI, der einkommensschwachen Personen vorbehalten ist, in Anspruch genommen. Wer in den Genuss solcher Leistungen kommen kann, welche Leistungen angeboten werden und wo diese angeboten werden kann Ihnen unser Zahnarzt fuchs unter der Handynummer 345 8826990 genauestens erläutern.

Die VZS weist gleichzeitig darauf hin, dass auch um finanzielle Sozialhilfe der Bezirksgemeinschaft oder des Sozialbetriebs Bozen angesucht werden kann, sofern die Leistung nicht vom öffentlichen Gesundheitsdienst erbracht wurde.

STEMPELSTEUER AUF WERTPAPIERDEPOTS ANGEHOBEN

Das per Gesetzesdekret von der Regierung verabschiedete Sparpaket sieht ab 17. Juli 2011 eine beträchtliche Erhöhung der jährlichen Stempelsteuer auf die Wertpapierdepots vor:

- * für Depots bis 50.000 Euro: 34,20 Euro
- * für Depots über 50.000 und bis 150.000 Euro: 70,00 Euro
- * für Depots über 150.000 und bis 500.000 Euro: 240,00 Euro
- * für Depots über 500.000 Euro: 680,00 Euro.

Ab 2013 soll die jährlich geschuldete Steuer nochmals ansteigen, und zwar je nach obiger Depotklasse auf 34,20 Euro – 230,00 Euro – 780,00 Euro und 1.100,00 Euro.

Es ist durchaus vorstellbar, dass viele KleinsparerInnen angesichts dieser Erhöhung auf Anlagekonten aufweichen werden, auch weil man dort zusätzlich von der geplanten Reduzierung der Quellsteuer von 27% auf 20% profitieren wird.

Der Rat der VZS: nicht unbedacht auf Geldanlagen, welche von keiner Erhöhung betroffen sind, ausweichen.

NEUE KLIMAHaus-RICHTLINIEN IN KRAFT

Seit 01. August sind die neuen technischen Richtlinien für das KlimaHaus in Kraft. Auf 67 Seiten werden zahlreiche Details rund um das Bauen und Sanieren erläutert. Für die Konsumenten bedeuten die neuen technischen Richtlinien mehr Sicherheit beim Kauf, Bau und der Sanierung einer Immobilie - da die neue technische Richtlinie zahlreiche Details vorgibt - aber leider auch höhere Kosten.

Bei einem Einfamilienhaus liegen diese Kosten für die KlimaHausberechnung inklusive der erforderlichen Dokumente und Details im Bereich von ca. 1.800 Euro. Dazu kommen noch die Kosten für den Luftdichtheitstest (BlowerDoor-Test) in Höhe von ca. 600 Euro, sowie die Kosten für die KlimaHauszertifizierung. Diese liegen bei einem Gebäude

(bis zu 500 m² Nettogeschossfläche) je nach KlimaHausklasse zwischen 840 Euro und 1.200 Euro. In Summe also Kosten von insgesamt über 3.200 Euro, welche in der Kostenkalkulation vielfach nicht berücksichtigt werden.

Bis 31. Oktober 2011 besteht die Möglichkeit, die Zertifizierung eines KlimaHauses nach den alten technischen Richtlinien (Stand März 2010) durchführen zu lassen. Daher sollte bei einem Kauf innerhalb Oktober genau geklärt werden, gemäß welcher Richtlinie die Zertifizierung durchgeführt wird.

Genauere Informationen unter <http://www.verbraucherzentrale.it/17v26269d25340.html>.

ATUOMOBILPREISBERICHT 2010 GERINGERE ABER TROTZDEM HOHE PREISUNTERSCHIEDE IN DER EU

Wie jedes Jahr hat auch diesen Sommer die Europäische Kommission wiederum die Automobilpreise der 89 meistverkauften Pkw-Modelle von 26 Marken in der EU gesammelt, in einem Autopreisvergleich zusammengefasst und festgestellt: „Geringere Preisunterschiede bei Neuwagen in der EU!“ Trotzdem lohnt sich der Blick über die Grenzen für den italienischen Verbraucher.

Sollte ihr Wunschauto z.B. ein Renault Clio sein, so kann der europäische Verbraucher bei Feststellung des günstigsten Landes unter Umständen mit einer Ersparnis von bis zu 39,5% rechnen. Auch die längst überholte Meinung

einheimische, also italienische Fahrzeuge seien in Italien günstiger zu kaufen, widerlegt sich einmal mehr beim Blick in die Vergleichstabellen: so liegen etwa die Preise vor Steuern beim Fiat Punto Evo in Italien im oberen Segment, während sie beim Ford Focus im unteren Bereich liegen.

Den Link zum detaillierten Preisvergleich sowie eine Broschüre mit nützlichen Tipps zum Eigenimport von Fahrzeugen aus der EU finden Sie unter <http://www.euroconsumatori.org/16842v16912d68003.html>.

LEBENSMITTELKENNZEICHNUNG: DAS VERSTECKSPIEL GEHT WEITER

Nach jahrelangen Diskussionen darüber, welche Informationen Verbraucher in Zukunft im Supermarkt bekommen sollen, hat das EU-Parlament die Lebensmittelinformationsverordnung nun endgültig verabschiedet. Fazit: Die Ernährungsindustrie hat sich mit den meisten Forderungen durchgesetzt: keine Ampel-Kennzeichnung und keine verpflichtende Information zum Nährwert auf der Vorderseite der Verpackungen wurde eingeführt. Damit sind Zucker- und Fettbomben auch in Zukunft nicht auf einen Blick zu erkennen. Angegeben werden müssen hingegen Energiewert, Fett, gesättigte Fettsäuren, Zucker, Salz, Eiweiß und Kohlenhydrate in Form einer Tabelle auf jeder Packung stehen. Die meisten Hersteller werden dafür die Rückseite nutzen. Weiteres Man-

ko ist die Mindestschriftgröße, die mit 1,2 Millimetern für viele weiterhin im Bereich des „Unlesbaren“ bleiben wird.

OBST UND GEMÜSE IN BOZEN GROßE PREISUNTERSCHIEDE, BESSERE PREISAUSZEICHNUNG

Ende Juli hat die VZS die Preise von 26 Obst- und Gemüsesorten in 5 Verkaufsstellen in Bozen erhoben; diese Preise wurden dann mit jenen der Großmarkthalle Verona (auch für Detailverkauf geöffnet) verglichen. Anhand eines Beispielkaufs ergibt sich folgende Rangordnung: teuerste Verkaufsstelle in Bozen ist der Markt in der Rovigostraße mit 34,94 Euro, gefolgt vom Obstmarkt mit 32,18 Euro, danach Frilo mit 21,21,28 Euro, die Supermärkte mit 20,00 Euro und Lidl mit 15,13 Euro. In der Großmarkthalle Verona zahlt man für das Sortiment 10,10 Euro. Bei der Qualität hat der Markt in der Rovigostraße die Nase vorn: 98% der Produkte sind 1. Qualitäts-Kategorie und 2% aus zweiter; dabei kommen 91% der Waren aus Italien und 9% aus dem Ausland (Schlusslicht ist Frilo mit 8% der Ware aus 1. Kategorie und 92% aus 2.). Stark verbessert hat sich die Preisauszeichnung auf den Märkten. Details der Erhebung unter <http://www.verbraucherzentrale.it/20v68351d68479.html>.

Ihr AGO-Service September 2011

ESTLAND und HELSINKI (Bericht über die AGO-Kulturreise 2011)



In den frühen, regnerischen Morgenstunden des 1. Juni ist der Bus mit 36 Abenteurern schon unterwegs in Richtung Bergamo. Ryan-Air fliegt uns nach Riga, wo Ursula, unsere estnische Führung auf uns wartet. Eine kurze Besichtigung der schmucken Stadt mit den prächtigen Jugendstilhäusern und schon ist es an der Zeit weiterzufahren. Wir verlassen Lettland und erreichen gegen Abend unser Hotel in Tartu, ehemalige Hansestadt und Estlands geistiges Zentrum mit seiner imposanten Universität. Nach der Zimmerzuteilung geht es in den „Pulverkeller“ zum Abendessen.

Am nächsten Morgen erwartet uns wunderschönes Wetter. Heute steht eine halbtägige Besichtigung der Stadt auf dem Programm. Von unersättlichen

Mücken begleitet, gehen wir an der Universität, am Rathausplatz mit dem Brunnen der „Küssenden Studenten“, am „Schiefen Haus“ mit dem Kunstmuseum vorbei und erklimmen dann den Domberg, mit der Sternwarte und der Domkirche. Auf dem Weg zurück in die Altstadt werfen wir noch einen Blick auf die Johanneskirche, die bedeutendste Backsteinkirche Estlands mit seinen Terrakottafiguren. Nach der Mittagspause geht es mit dem Bus in Richtung Tallinn. Der Abend scheint hier nie zur Neige gehen zu wollen. Als die meisten von uns zu Bett gehen, ist es lange noch hell!

Am dritten Tag unserer Reise geht es zeitig los zum Hafen, wo uns die Fähre nach Helsinki bringt. Nach zweistündiger Überquerung des Fin-

nischen Meerbusen gehen wir wieder an Land wo die finnische Führung auf uns wartet. Mit dem Stadtbus erreichen wir die Felsenkirche, von wo aus wir, am Olympiastadion vorbei, ins Stadtzentrum gelangen. Wir sehen das moderne Opernhaus an Rande einer wunderschönen Parkanlage, die Finlandia-Halle, das Parlament und das Mannerheim-Denkmal. Durch die Esplanadi-Prunkstraße kommen wir zum Marktplatz mit der alten Markthalle am Meeresufer. Dann noch hinauf zum Senatsplatz mit der Universität und der wunderschönen Domkirche. Am frühen Nachmittag geht es wieder zur Fähre und zurück nach Tallinn.

Am vorletzten Tag steht die Besichtigung von Tallinn auf dem Programm. Unser Hotel steht nahe der Altstadt, in der wir durch die verkehrsfreien, mit Kopfstein gepflasterten Gassen ziehen und in den umliegenden Restaurants,

mit ihren schmucken Fassaden, zum Mittagessen einkehren. Nachmittags eine Bustour in Tallins Umgebung.

Der letzte Tag bricht an. Wir spazieren auf den Domberg zum Schlossplatz mit der wunderschönen Alexander-Newskij-Kathedrale und dem gegenüberliegenden Schloss, in welchem heute Estlands Parlament und Regierung untergebracht sind. Von den alten Stadtmauern aus noch ein Blick über Tallinns Altstadt und dem Hafen mit den großen Passagierschiffen. Gegen Abend bringt uns der Bus zum Flughafen und beim Start steht die Sonne in Tallin noch hoch am Himmel. Einige Stunden später ist es in Bergamo schon finster, wenn uns der Bus in Heimrichtung fährt.

Ein großes Lob an Walter für die reibungslose Organisation und unendliche Geduld. Es war wie immer sehr schön. Danke und bis zum nächsten Jahr in Portugal.

